

## Beschluss Bildungszugang und Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen in Sachsen sicherstellen – Diskriminierung von Menschen mit Migrationsbiografie verhindern

Gremium: Landesversammlung

Beschlussdatum: 07.12.2024

Tagesordnungspunkt: 14. Verschiedenes

### Antragstext

- 1 Die aktuellen Herausforderungen im sächsischen Bildungssystem – wie der  
2 Lehrkräftemangel, die marode Infrastruktur und der Mangel an Schulplätzen –  
3 führen dazu, dass das Grundrecht auf Bildung für viele Kinder und Jugendliche in  
4 Sachsen nicht umgesetzt wird. Stand 12.11.2024 warten laut Angaben des  
5 Landesamtes für Schule und Bildung 2012 Kinder und Jugendliche auf einen  
6 Schulplatz in Sachsen. Besonders betroffen sind Kinder und Jugendliche mit  
7 Fluchthintergrund, die oft monatelang und in manchen Fällen sogar über ein Jahr  
8 auf einen Schulplatz warten müssen und somit von Bildung und sozialer Teilhabe  
9 ausgeschlossen bleiben. Diese systematische Benachteiligung verletzt nicht nur  
10 das Recht auf Bildung, sondern wirkt sich nachteilig auf die gesamte  
11 Gesellschaft aus, da die Integration und Förderung aller jungen Menschen  
12 essentiell für das gesellschaftliche Zusammenleben sind.
- 13 Schuldzuweisungen an ohnehin benachteiligte Gruppen  
14 fördern Diskriminierung und verstellen den Blick auf strukturelle Lösungen
- 15 . Unser Ziel ist eine umfassende, diskriminierungsfreie Reform des  
16 Bildungssystems, die auf gemeinsame und konstruktive Lösungen setzt, um  
17 Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit für alle zu gewährleisten.
- 18 Vor diesem Hintergrund fordern wir BÜNDNISGRÜNE konkrete und sofortige Maßnahmen  
19 zur Beseitigung der Schulplatznot und zur Förderung eines diskriminierungsfreien  
20 Bildungszugangs.
- 21 1. Recht auf Bildung und Schulplatzgarantie umsetzen: Die sächsische  
22 Staatsregierung wird aufgefordert, das Grundrecht auf Bildung und die  
23 Schulpflicht für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihrer  
24 Herkunft, binnen maximal 3 Monaten nach kommunaler Wohnsitznahme  
25 sicherzustellen. Dazu gehört, dass jedem schulpflichtigen Kind und  
26 Jugendlichen unverzüglich ein geeigneter Platz im Regelschulsystem zur  
27 Verfügung gestellt wird. Jede verzögerte Bereitstellung muss konsequent  
28 erfasst werden und zu direkten Maßnahmen führen, um zukünftige verzögerte  
29 Schulplatzzuweisungen zu vermeiden. Bildungsgerechtigkeit und das Ziel  
30 optimaler Integrationschancen dulden keinen Aufschub.
- 31 2. Akute Schulplatzlücke schließen und Infrastruktur verbessern: Um die  
32 aktuelle Schulplatznot nachhaltig zu lösen, sollen bedarfsgerecht  
33 zusätzliche Schulplätze geschaffen werden. Die dafür nötige Bereitstellung  
34 von Schulräumen und Schulhäusern ist eine Pflichtaufgabe der Kommunen und  
35 daher unabhängig von der Kassenlage zu erfüllen. Es ist die Aufgabe des  
36 Freistaats, die Kommunen finanziell in die Lage zu versetzen, dies zu  
37 leisten.
- 38 Wahlfreiheit und Bildungschancen von Schüler\*innen mit  
39 Migrationsgeschichte sind gleichwertig. Bei Schulen und Schulformen mit

40 bisher niedrigem Anteil an Schüler\*innen mit Migrationsgeschichte sollen  
41 dafür die Potenziale an Vorbereitungsklassen ausgeschöpft werden.  
42 Mittelfristig ist der Freistaat in der Pflicht, die Klassenbildung so zu  
43 gestalten, dass sie der unterjährigen Migration aus dem In- und Ausland  
44 gerecht wird. Dabei ist insbesondere sicherzustellen, dass Kinder und  
45 Jugendliche nicht aufgrund ihrer Herkunft durch überlange Schulwege oder  
46 unpassende Schulformen benachteiligt werden.

47 3. Ausreichend qualifiziertes Lehrpersonal sichern: Die Staatsregierung wird  
48 aufgefordert, alle Maßnahmen zu ergreifen, welche die Ausstattung mit  
49 pädagogischen Fachkräften sowie die Attraktivität des Lehrer\*innenberufs  
50 verbessern. Es sind insbesondere Verfahren zur Anerkennung ausländischer  
51 Lehramtsabschlüsse zu beschleunigen und Programme für den Seiten- und  
52 Quereinstieg für pädagogische Fachkräfte und Lehrkräfte aus dem Ausland  
53 auszubauen. Es müssen Anreize geschaffen und verstärkt werden, damit  
54 Lehrkräfte aus anderen Tätigkeits- und Berufsfeldern an die Schulen  
55 zurückkehren. Zusätzlich soll weiteres unterstützendes Personal für  
56 Verwaltungsaufgaben an Schulen eingestellt werden.

57 4. Offensive für eine migrationspezifische Lehrkräftefortbildung starten:  
58 Damit Schule in der Migrationsgesellschaft funktioniert, fordern wir eine  
59 verpflichtende Fortbildung für alle Lehrkräfte im Bereich „Deutsch als  
60 Zweitsprache“ sowie in Migrationspädagogik. Für die Lehramtsstudienfächer  
61 fordern wir die Hochschulen auf, diese Kompetenzen stärker in den  
62 Studienordnungen zu verankern. Ziel ist es, Schulen zu Orten der  
63 Integration und der Chancengleichheit für alle zu machen, den Übergang aus  
64 den Vorbereitungsklassen in den regulären Unterricht zu beschleunigen und  
65 die Erfüllung der integrationspezifischen Aufgaben gleichmäßiger zu  
66 verteilen.

67 5. Diskriminierungsfreier Bildungsdiskurs und Schutz vor struktureller  
68 Benachteiligung: Die sächsische Staatsregierung wird aufgefordert, in der  
69 Bildungspolitik einen diskriminierungsfreien Diskurs zu fördern, der frei  
70 von Schuldzuweisungen und problematischen Zuschreibungen ist.

- 71 ◦ Um dies zu gewährleisten, sollen bestehende Schutzkonzepte an  
72 Schulen um verbindliche Maßnahmen zum Diskriminierungs- und  
73 Rassismusschutz erweitert werden. Diese Konzepte müssen alle Formen  
74 von Gewalt adressieren, einschließlich rassistischer  
75 Diskriminierung, die sich psychisch, physisch oder auf andere Weise  
76 äußern kann.

77 Das Sächsische Schulgesetz soll um ein explizites  
78 Diskriminierungsverbot ergänzt und durch ein landesweites  
79 Antidiskriminierungskonzept flankiert werden. Ergänzend dazu sind  
80 niedrigschwellige Beschwerdestrukturen und Anlaufstellen für  
81 Diskriminierungsfälle an Schulen einzurichten.

82 Das Ziel ist es, ein Schulumfeld zu schaffen, in dem alle Kinder und  
83 Jugendlichen unabhängig von Herkunft, sozialem Hintergrund oder  
84 anderen diskriminierungsrelevanten Merkmalen gleichberechtigt und  
85 respektvoll lernen können. Nur so können Bildungsgerechtigkeit und  
86 Chancengleichheit für alle verwirklicht werden.